

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 8, 15. April 2004

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 8611 62 49
Riz: 102-40137 Nr. - NE-0670017787

Einblicke

Unheilbar?

Von Heiner Lichtenstein

Der 3. Juli 2004 ist für viele Juden ein denkwürdiger Tag. Es ist der hundertste Todestag von Theodor Herzl, dem geistigen Vater des Staates Israel. Herzl war 1894 nach der Verurteilung des jüdischen französischen Hauptmanns Alfred Dreyfus wegen angeblichen Landesverrats zu lebenslanger Haft zu der Überzeugung gekommen, dass Juden nur in einem eigenen Staat sicher leben können. Das ist mehr als hundert Jahre her, aber den Antisemitismus gibt es nicht nur unverändert. Er findet sogar weitere Anhänger – auch die Gewalt anwenden. Die jüngste Studie der EU-Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit belegt das.

In wenigen Tagen beginnt in Berlin eine neue Tagung über Judenfeindschaft und kurz darauf soll sich eine weitere Konferenz in Budapest mit demselben Phänomen beschäftigen. Nur könnte eingewendet werden, mit „Phänomen“ werde die Gefahr verharmlost. Mag sein, aber wer hat eigentlich bisher eine rationale Erklärung dafür gefunden, warum es immer noch Menschen gibt, die etwas gegen Juden haben – oft ohne jemals einem Juden begegnet zu sein. Die Antwort: Es gibt keine Erklärung. Dafür wird Judenfeindschaft in Deutschland trotz Holocaust mehr und mehr schlicht zur Kenntnis genommen – mal bedauernd, mal achselzuckend, mal hämisch zustimmend. Einigermassen beruhigend wirkt dabei die Aufmerksamkeit der Regierungen. Auch deshalb hat die Gemeinschaft ja die erwähnte Beobachtungsstelle eingerichtet, die Beate Winkler zuverlässig und aufmerksam leitet. In etlichen EU-Staaten beschäftigen sich wissenschaftliche Einrichtungen mit dem „Phänomen“, in Berlin das Zentrum für Antisemitismusforschung. Trotz alledem – in Europa nimmt die Judenfeindschaft zu. Nun werden in wenigen Tagen weitere Staaten Mitglieder der EU. Zu ihnen zählen Länder vor allem aus Osteuropa, in denen der Antisemitismus Jahrzehnte lang zur Staatsdoktrin gehörte und gepflegt wurde. Hier droht neuer Zulauf für den aktuellen antisemitischen Rassismus in der Europäischen Gemeinschaft.

Gewalttätige Musiker

Sänger der „Skinheads-Sachsen-Anhalt“ wegen schwerer Körperverletzung auf der Anklagebank.

Seite 2 ■

Verbale Kampfansagen

Die militante rechtsextreme Szene südlich von Bremen bedroht massiv ihre politischen Gegner.

Seite 4 ■

„Szene-Aktivisten“

An den zahlreichen Neonazi-Aufmärschen in Nordrhein-Westfalen waren fast immer NPD-Funktionäre beteiligt.

Seite 6 ■

Aufgeheizte Stimmung

Von den russischen Behörden werden die brutalen Überfälle neonazistischer Skinheadbanden größtenteils ignoriert.

Seite 7 ■

Tägliche Gewaltexzesse

Augenzeugenberichte aus einem Konzentrationslager im ersten Jahr der NS-Diktatur.

Seite 13 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Musik und Gewalt**

Das Organisations- und Mobilisierungspotenzial der rechtsextremen Musikszene wird von regionalen Behörden noch immer stark unterschätzt.

Steine und Dachziegel flogen, als im Vorfeld des Rudolf-Hess-Aktionstages 2003 rund 20 rechtsextreme Skinheads das Gelände des hauptsächlich von links orientierten Jugendlichen besuchten Sozio-kulturellen Zentrums Zora e.V. in Halberstadt überfielen. Sie stürmten auf den damals 21-jährigen Studenten Sebastian V. ein, der sich gemeinsam mit einer Freundin im Hofbereich des Zentrums aufhielt. Der Student wurde mit einer Bierflasche niedergeschlagen, anschließend trat ein Teil der Angreifer auf Kopf und Körper ihres Opfers ein. Sebastian V. erlitt lebensgefährliche Verletzungen unter anderem am Gesichtsschädel und musste mehrere Wochen im Krankenhaus verbringen. Seit dem Überfall ist er traumatisiert, leidet zudem bis heute unter körperlichen Spätfolgen der Verletzungen.

Zuvor hatten die Angreifer vergeblich versucht, in ein alternatives Wohnprojekt einzudringen, um dessen Bewohner „aufzumischen“. Den Frust über das Scheitern dieses Plans ließen sie an zwei unbeteiligten Passanten aus, von denen einer durch einen Schlag mit einer Bierflasche ins Gesicht stark blutende Gesichtsverletzungen erlitt. Der Schlag war mit solcher Wucht geführt worden, dass die Flasche dabei zersplitterte. Sechs der damaligen Angreifer im Alter zwischen 15 und 32 Jahren saßen jetzt auf der Anklagebank, als Richter Marten Balko die Hauptverhandlung wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch eröffnete.

Während der Hauptverhandlung wurden die Verfahren gegen zwei Angeklagte abgetrennt. Gegen den Haupttäter, den 32-jährigen Peter Karich, sowie gegen den 15-jährigen Patrick S.. Karich hatte im Gegensatz zu seinen Mitangeklagten kategorisch jegliche Aussage verweigert, S. in der Hauptverhandlung sein bei Polizei und Staatsanwalt abgelegtes Geständnis, ebenfalls auf den Studenten eingetreten zu haben, widerrufen. Seine noch in der Tatnacht sicher gestellten Schuhe sollen jetzt zunächst einer DNA-Analyse unterzogen werden. Es geht dabei um die Frage, ob es sich bei meh-

rerer Flecken an den Schuhen um Blut des Opfers handelt.

Bemerkenswert ist die politische Einordnung der eindeutig rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten durch die Behörden. Im Vorfeld der Hauptverhandlung erging sich Oberstaatsanwalt Helmut Windweh in der regionalen Tageszeitung in Betrachtungen, wonach die politische Dimension der Angriffe „derzeit wohl in Schnaps- und Biergläsern gemessen werden“ könnte. Beinahe zeitgleich erklärte der Polizeipräsident von Halberstadt, der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Nitsche, dass es in der 40 000-Einwohnerstadt lediglich rechtsextreme Einzeltäter, aber keine organisierten Strukturen der Skinhead- und Neonazi-Szene gebe. „Damit verharmlosen und entpolitisieren die obersten Strafverfolger in Halberstadt die Erkenntnisse polizeilicher Ermittlungen und die Wahrnehmung der Opfer“, kritisiert Heike Kleffner von der Mobilien Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

■ Der Haupttäter ist Sänger der „Skinheads Sachsen Anhalt“ ■

Tatsächlich spielte die politische Gesinnung der Angeklagten auch in der Hauptverhandlung allenfalls eine marginale Rolle. Mehrfach verwies Richter Balko darauf, dass dieses Thema nicht Gegenstand der Anklage sei. Und so nahm es das Gericht auch unwidersprochen hin, dass die Angeklagten ihre politische Gesinnung herunterspielten. Entweder behaupteten die Angeklagten, dass Politik sie überhaupt nicht interessiere oder sie bezeichneten ihre weltanschauliche Haltung als neutral, allenfalls „rechts angehaucht“, wie der zweite Haupttäter Steven Müller sagte. Der Angeklagte Lutz Staufenbiel konnte sogar ohne Intervention des Gerichts behaupten, dass er am fraglichen Abend in der Zora bloß mal ein Bier trinken und gucken wollte, „was da so los ist“.

Aussagen, die mehr als fragwürdig sind, wenn man bedenkt, welche Prominenz der sachsen-anhaltischen Neonazi-Szene es sich nicht nehmen ließ, der Hauptverhandlung persönlich zu folgen, auch nachdem das Verfahren gegen Karich abgetrennt worden war. In den Zuschauerreihen fand sich selbst Mirko Appelt, Mitbegründer und Anführer des „Selbst-Schutz Sachsen-Anhalt“ (SS-SA), einer streng und diszipliniert durchorganisierten schwarz uniformierten Truppe, die regelmäßig bei Neona-

zi-Aufmärschen und Saalveranstaltungen Ordnungsdienste übernimmt.

Karich ist Sänger der Band „Skinheads Sachsen-Anhalt“ (SSA), die das kulturell-organisatorische Rückgrat der neonazistischen Skinhead-Szene in Halberstadt bildet. Auf die Spur dieser Band kamen die Ermittler erst im Zuge der Ermittlungen zu dem Überfall auf die Zora. „Wir hatten zunächst nur unbestätigte Informationen über die Existenz dieser Band“, erklärt der Leiter des zuständigen 4. Fachkommissariats, Klaus Schütze. „Danach soll sich diese Band im Herbst 2002 gegründet haben.“ Konkrete Anhaltspunkte über Musik und Texte der Band habe die Staatsschutzabteilung der Polizei jedenfalls nicht gehabt.

Nachdem in der Folge des Zora-Überfalls während einer Hausdurchsuchung bei Peter Karich erste CDs der Band beschlagnahmt worden sind, gab es auch Hausdurchsuchungen bei den anderen Band-Mitgliedern. Dabei fielen den Ermittlern Unmengen von Neonazi-CDs, Hitlerfiguren, Hakenkreuzfahnen sowie größere Mengen an rechtsextremistischem Propaganda-Material in die Hände. Zwei SSA-CDs sind Ende vergangenen Jahres von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert worden. Zudem wurden im Zusammenhang mit den Tonträgern der Band Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten eingeleitet. „Die Texte sind durchzogen von einem diffusen Gefühl der Verfasser, sie seien auf Grund des biologischen Zufalls deutscher Geburt etwas Besseres und berechtigt, ihr eingebildetes Vorrecht gewaltsam durchzusetzen“, sagt Schütze. „Dazu dürfe der Untergang des Landes herbeigeführt und sollten andere vertrieben und getötet werden.“

Nur vorübergehend dürften die Strukturen der neonazistischen Band und ihres soziokulturellen Umfeldes zerschlagen sein, weil im Rahmen der Hausdurchsuchungen auch sämtliche Instrumente und die Tontechnik der Band beschlagnahmt worden sind. „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Band mit neuer Technik und vielleicht auch unter neuem Namen wieder da ist“, glaubt auch Heike Kleffner von der mobilen Opferberatung. „Mit SSA und dem extrem rechten Ladengeschäft Ragnaröck gehört Halberstadt neben Quedlinburg und Wernigerode, wo der rechtsextreme Laden Trendfabrik und die Neonazi-Band ‘SEK’ (‘Skinhead-Einsatz-Kommando’) das organisatorische Rückgrat der Neonaziszene darstellen, zu den Städten im Harz,

in denen eine dynamische extreme Rechte mit einer eigenen Infrastruktur und Erlebniswelt die Hegemonie im Jugendbereich anstrebt.“ In diesem Zusammenhang seien auch der Überfall auf die Zora und der gescheiterte Überfall auf das Projekt VEB Wohnfabrik zu betrachten.

Welche Dimension die über die entsprechende Musik gebündelten Strukturen der Szene im Harz und im Vorharzgebiet haben, lässt sich daran ermessen, dass bei den bundesweiten Razzien gegen den Tausch und Vertrieb verbotener neonazistischer Musik im Internet vor wenigen Wochen allein in Halberstadt drei Durchsuchungen stattgefunden haben – mehr als in jeder anderen Stadt Sachsen-Anhalts. Über das Ergebnis der Durchsuchungen schweigen sich die Staatsschützer allerdings derzeit noch aus.

■ Verurteilter vom Gericht als „unbelehrbar“ eingestuft ■

Auch ohne ausreichende Würdigung der politischen Dimension der angeklagten Gewalttaten setzte das Gericht schließlich ein deutliches Zeichen, zumal die Angeklagten während der Hauptverhandlung fast durchweg die jeweils eigene Tatbeteiligung sowie vor allem die von Peter Karich heruntergespielt hatten. So räumte unter anderem der nicht vorbestrafte Steven Müller ein, dass er es gewesen sei, der den Studenten Sebastian V. bei dem Überfall auf die Zora mit einer Bierflasche niedergeschlagen habe. Die Begleiterin des Studenten hatte dagegen – wie schon bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft – eindeutig Karich als Urheber dieses Schlages identifiziert. Müller scheint in einem regelrechten Abhängigkeitsverhältnis zu Karich zu stehen, nennt den SSA-Sänger fast liebevoll „Vater“.

Das Gericht wendete auf den 20-jährigen Müller ebenso wie auf den 18-jährigen Sören Rossberg das Erwachsenenstrafrecht an. Müller erhielt ein Jahr und sechs Monate Haft ohne Bewährung, Rossberg neun Monate Haft auf Bewährung. Der 28-jährige Stefan Reuter wurde vom Gericht in der Urteilsbegründung als „unbelehrbar“ eingestuft und bekam ein Jahr Haft ohne Bewährung. Lutz Staufenberg (26) bewertete das Gericht als Mitläufer und verurteilte ihn zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten. Die Verfahren gegen Peter Karich und den 15-jährigen S. werden vermutlich im Juni beginnen.

Eberhard Löblich

Aktivitäten**Anonyme Drohbriefe**

Die rechte Szene in Niedersachsen ist deutlich militanter geworden. Überfälle auf politische Gegner häufen sich.

Der Brief kam nicht mit der Post, er wurde persönlich in den Briefkasten des Jugendzentrums in Verden eingesteckt. Adressatin des anonymen Schreibens ist die Initiatorin des „Bündnis gegen Rechts“ in der niedersächsischen Kreisstadt. „Hiermit stehen Sie auf der Liste der zu tötenden, unappetitlichen ‘Antifascho’“, steht da in schnörkeliger schwarzer Handschrift geschrieben und weiter: „Aus euren Körpern machen wir Hundefutter. Ihr seid das Krebsgeschwür, kann man nur mit A-Strahlen im Kernkraftwerk eingesperrt bekämpfen, schön langsam.“

Nicht die erste Drohung gegen Mitglieder des Bündnisses, aber wohl die härteste. Inzwischen ermitteln Beamte des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Verden gegen den unbekannten Schreiber.

■ Ein „durchgeknallter Einzeltäter“ ■

Die rechtsextreme Szene in den Landkreisen südlich von Bremen ist in letzter Zeit deutlich gewaltbereiter geworden, den JN-Stützpunkt Verden/Rotenburg bezeichnet nun auch der niedersächsische Verfassungsschutz als „höchst aktiv“. Zunächst hatten die Auseinandersetzungen bei einem Anti-Islamvortrag der Rechten für Schlagzeilen gesorgt, eine Frau war leicht verletzt worden. Dann wurden zwei 14-Jährige von Glatzköpfen drangsaliert und der jüdische Friedhof in Achim geschändet. Im Verdener Raum gab es Überfälle zuhauf, viele betroffene Antifaschisten haben inzwischen Anzeige erstattet. Jüngst tauchten Neonazis aus dem Umfeld des JN-Kaders Sascha Jörg Schüler im Achimer „Falken“-Heim auf, setzten die Jugendlichen unter Druck und bedrohten sie. Mitte März zerstörten Unbekannte die Reifen von zehn Autos einer Mietwagenfirma, ähnliche Fälle gab es bereits im weiteren Bremer Umland. Immer hinterlassen die Täter dieselbe Parole „RD 88“. Für die Polizei ist der Vandalismus kein „Dummer-Jungen-Streich“ mehr, sondern eine Aktion aus der rechten Szene.

Die politischen Verantwortlichen ignorieren die Vorfälle weitestgehend. Mitglieder der FDP sorgen sich eher um die geplanten „Stolpersteine“ zum Gedenken an die ermordeten Achimer Juden, denn wenn die von Rechtsradikalen besprüht werden, fragen Angehörige der Liberalen, wer trägt dann die Kosten zur Wiederherstellung?

Die Gewaltbereitschaft der Neonazis in Norddeutschland ist bisher ein Tabuthema, das hat sich auch unter der neuen CDU-Regierung von Christian Wulff nicht geändert. Aber immerhin registrierte der Bundesverfassungsschutz für das Jahr 2002 in Niedersachsen die meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten bundesweit, noch vor den neuen Bundesländern. „Tendenz steigend“, prognostiziert auch der Verdener Staatsschutzchef vorsichtig.

■ „Die Bundespolitiker kommen an den Galgen“ ■

Nicht besonders verwunderlich, dass in solch einem Klima das Verfassen von anonymen Drohbrieffen leicht fällt. Einer, der seine politischen Gegner bereits seit Jahren mit rechten Hetzpamphleten bombardiert, ist der Verdener Revisionist Jan Huss. „Jan Hus“ wie er sich selbst nach dem tschechischen Reformator bezeichnet, gehört inzwischen zum Kreis um Rigolf Hennig und Horst Mahler. Ende März reiste er, nach eigenen Angaben, „durch den Osten“ und beriet mit „etwa fünfzig Gleichgesinnten aus ganz Deutschland und aus einigen Nachbarländern“, wie es weitergehen soll „nach dem Zusammenbruch dieser Bananenrepublik, wenn das Deutsche Reich wieder handlungsfähig ist“. Der selbst ernannte „Gesellschaftskritiker“ galt lange Zeit in Niedersachsen als „durchgeknallter Einzelgänger“, wurde als ungefährlich eingeschätzt. Denn immer wieder prahlt der Baldur Springmann-Verehrer von seinen „Außerkörper-Exkursionen“ und seiner Fähigkeit die Bevölkerung spalten zu können, „in Intelligente und Dumme“. Seine verworrenen esoterischen Vorstellungen will er aber „mit harter Hand“ durchsetzen.

Mittlerweile beschäftigt der rührige alte Mann auch die Ermittlungsbehörden, einige seiner unzähligen Schreiben werden auf volksverhetzende Inhalte überprüft. Huss pflegt besten Kontakt zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten um Florian Cordes und Sascha Schüler. Bei revisionistischen Vortragsveranstaltungen wie mit dem Ex-General

Schultze-Rhonhof am 18. März in Schafwinkel bei Verden gehörte der drahtige Rechte mit dem schlohweißem langen Haar zum Ordnerdienst. Beim Schleusungspunkt hatte er zuvor per Gesichtskontrolle entschieden, welche der Besucher an den geheimen Tagungsort weitergeleitet werden durften und welche lieber ferngehalten werden sollten. Beim umstrittenen Islam-Vortrag derselben Veranstalter gehörte Huss zur Gruppe derjenigen, die Kritiker zur Tür hinaus drängen wollten.

Es ist an der Zeit, „Jan Hus“ als Unterstützer der Neonazis und Revisionisten ernst zu nehmen und vor seiner Hyperaktivität zu warnen. Seine Briefe enthalten häufig einen gewalttätigen Ton und er bedrängt seine politischen Gegner auch im privaten Bereich, so kündigt er bei Journalisten „Hausbesuche“ an und verteilt selbst gefertigte Flugblätter im Namen einer „Antifa“ mit dem Konterfei eines „Bündnis gegen Rechts“-Mitgliedes. In seinem jüngsten Bericht über das Treffen von Mahler-Anhängern heißt es auf die eigene Frage, wie es nach der „Wiedererrichtung des Deutschen Reiches“ weitergehen soll: „Nun, das ist kein Problem. Die Bundespolitiker kommen an den Galgen, die Mitläufer ins Zuchthaus und die Antifaschisten, Abarstigen und Arbeitsscheuen in Umerziehungslager“. Welche Rolle Einzelkämpfern mit Truppenbindung wie Huss nun tatsächlich zukommt, seinen Aktionismus und seine personellen Kontakte wissen auch NPD-Funktionäre zu nutzen und seine verbalen Kampfansagen treffen genauso den Nerv ihrer jungen Anhänger.

■ Neonazi-Chef gibt jugendlichem Gewalttäter Rückendeckung ■

Von der Gewaltbereitschaft der niedersächsischen Neonazis konnte sich die Rotenburger Öffentlichkeit im Übrigen vor wenigen Wochen einen erschreckenden Eindruck verschaffen. Nach Beendigung einer NPD-Kundgebung versuchte die Polizei die Neonazis zum Bahnhof zu schleusen, umgeben von unzähligen Gegendemonstranten. Dabei kam es zu einem äußerst brutalen Übergriff, ein 19-jähriger Skinhead, ein Internatsschüler aus Scheessel, schlug einem Passanten unvorhergesehen mit voller Wucht seinen Holzplakatträger ins Gesicht. Das Opfer brach zusammen und musste am Abend wegen Jochbeinbruchs im Diakonie-Krankenhaus operiert werden. Neonazi-Chef Florian Cordes gab dem jungen Gewalttäter, der später festgenommen wurde, lächelnd Rückendeckung. *Paul Stöver*

Aktivitäten

Kräfte messen

Keine rechtsextreme Einheit am 1. Mai.

„Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten! Wer schaut zu – die CDU“, lautet das Motto einer Demonstration „zum Deutschen 1. Mai“ in Leipzig. Anmelder ist der Hamburger Neonazi Christian Worch, der auf der „Weltnetzseite“, die für die Demonstration wirbt, mit seiner vollen Adresse aufgeführt wird. Mit der Organisation dieser Demonstration hat Worch das Konzept der NPD und großer Teile der Freien Kameradschaften durchkreuzt, in diesem Jahr das rechte Lager wieder auf eine gemeinsame Demonstration zu orientieren. Schon vor Monaten einigten sie sich auf die zentrale 1. Mai-Demonstration in Berlin, was als großer Schritt im Vereinheitlichungsprozess gefeiert wurde. „Die letzten Jahre waren zum Schaden aller im nationalen Widerstand kämpfenden Nationalisten geprägt, von sinnlosem Gegeneinander, das letztlich nur den Gegnern Deutschlands nutzte, die mit ihrer systematischen Zersetzungsarbeit einen maßgeblichen Beitrag zur Zerstrittenheit der nationalen Fundamentalopposition leisteten“, heißt es in dem gemeinsamen Aufruf zur Berliner Demonstration.

Der Alleingang Worchs ist primär die Folge des Streits innerhalb der Freien Kameradschaften. Vor allem mit Thomas Wulff, der zu den Hauptrednern in Berlin gehört, hat sich Worch überworfen. Doch der Leipziger Alleingang ist auch ein Affront gegen die NPD. So sollen dort neben Worch die ehemaligen JN-Funktionäre Lars Käßler und Jens Pakleppa sprechen. Sie gehören zu den JN-Abweichlern, die die Organisation verließen, nachdem sie einen Kroaten mit Doppelpass aufgenommen hatte. Auch der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub ist als Redner vorgesehen.

Nur auf wenigen rechtsextremen Homepages wird allerdings die Leipziger Demonstration beworben. Der überwiegende Teil mobilisiert nach Berlin, so dass das innerrechte Kräftenessen schon vorher entschieden sein dürfte. Die Demonstrationen in Leipzig und Dresden, wo außerdem das Bündnis Rechts für Lübeck am 1. Mai eine Demonstration angemeldet hatte, dürften nicht besonders groß werden. Doch die rechte Einheit wird es auch in diesem Jahr nicht geben. *von der Redaktion Peter Nowak*

Verfassungsschutz**Aktive Szene****In Nordrhein-Westfalen klappt das Zusammenspiel zwischen NPD und Neonazis.**

„Aktiv wie selten zuvor“ war nach Einschätzung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im vorigen Jahr die nicht parteigebundene Neonaziszene im größten Bundesland. Noch nie seien von ihr so viele öffentliche Aktionen durchgeführt worden, heißt es im aktuellen NRW-Verfassungsschutzbericht. „Von einer Demonstrationsmüdigkeit kann für das Jahr 2003 keine Rede sein.“ Gleichzeitig habe die Szene aber auch keine nennenswerten Neuzugänge zu verzeichnen gehabt. Sie bleibe eine kleine stigmatisierte Personengruppe, die im Spiel der gesellschaftlichen Gruppierungen so lange keine bedeutende Rolle spiele, wie sie nicht auf ein gewaltbejahendes Klima treffe. Die Zahl der von ihr organisierten Demonstrationen stieg von fünf im Jahre 2002 auf 20. Der Verfassungsschutz spricht von 245 „Szene-Aktivisten“ in Nordrhein-Westfalen, etwa so viele wie im Vorjahr. Die Zahl der Neonazis gibt der Bericht mit 300 an (2002: 320), die der militanten Rechtsextremisten und rechten Skinheads mit 980 (2002: 850).

Lokale Kameradschaften werden für Aachen, Bielefeld, Dortmund, Hochsauerlandkreis, Kreis Siegen, Rhein-Sieg-Kreis sowie Köln aufgeführt. Darüber hinaus hätten sich im vorigen Jahr in Wuppertal, Hamm und Mönchengladbach kameradschaftsähnliche Strukturen herausgebildet. Zwar haben die Verfassungsschützer innerhalb der Szene Differenzen ausgemacht – während sich im Streit der Neonaziführer Worch und Wulff beispielsweise Neonazis aus Dortmund und Köln auf die Seite Worchs schlugen, tendieren ihre Kameraden aus dem Sauerland und Ostwestfalen zum Aktionsbüro Norddeutschland –, die gemeinsame Aktionsbasis sei damit aber nicht verloren gegangen: „Anhänger beider Lager demonstrieren in NRW weiterhin gemeinsam.“ Und das taten sie häufig mit der NPD. Anders als in vielen Bundesländern funktionierte das Zusammenspiel zwischen NPDlern und parteiunabhängigen Neonazis: „An fast allen Neonazi-Demonstrationen waren führende regionale NPD-Aktivisten beteiligt.“

Der Partei selbst bescheinigt der NRW-Verfassungsschutz, politisch und strategisch in einer „exi-

stenziellen Krise“ zu stecken. Von der Einstellung des Verbotsverfahrens habe sie nicht profitieren können. Bundesweit sei die Mitgliederzahl von 6500 im Jahr 2001 auf mittlerweile rund 5000 zurückgegangen. Nicht nur zahlreiche Austritte, sondern auch ein dramatischer Rückgang bei den Spenden hätten die Partei in große finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Gegen den Bundestrend gewann die NPD in NRW im vorigen Jahr zwar einige Mitglieder hinzu: von 500 auf 550. Gleichwohl hält die Behörde daran fest, dass die Partei auch in Nordrhein-Westfalen im längerfristigen Trend auf dem absteigenden Ast ist. Nur wenige Gliederungen seien wirklich aktiv: „Viele Kreisverbände bestehen nur auf dem Papier oder sind nicht mehr handlungsfähig.“ Mehr oder weniger nur noch auf dem Papier existiere der JN-Landesverband.

Seit Jahren sinkend sind die Mitgliederzahlen der Republikaner in NRW. Waren es vor einem Jahrzehnt noch 2500, zählte der Verfassungsschutz im vorigen Jahr nur noch 1150. Der Partei sei die personelle Erneuerung nicht gelungen. Außerdem fehle eine klare politische Positionierung, die auch von den eigenen Mitgliedern anerkannt werde. Wenn sich die innerparteilichen Schwierigkeiten nicht in absehbarer Zeit beheben lassen würden, seien die Republikaner „auf dem besten Weg zu einer rechtsextremistischen Splitterpartei“. Auf Schrumpfkurs ist auch die DVU: „Von 18 000 Mitgliedern bundesweit im Jahr 1998 sind Ende 2003 rund 11 500 verblieben.“ Wie 2002 gehörten der Frey-Partei im vergangenen Jahr in NRW 1900 Mitglieder an.

Drastisch verringert habe sich im vorigen Jahr die Zahl rechtsextremistische Skinhead-Konzerte in NRW, berichtet der Verfassungsschutz. Er führt dies auf gemeinsame Anstrengungen von Verfassungsschützern und Polizei zur Unterbindung solcher Veranstaltungen zurück. Sieben Konzerte und zwei Balladenabende mit zweimal rund 300 Besuchern, ansonsten meist unter 100 Zuhörern, wurden gezählt. Für die Durchführung von Großveranstaltungen weiche die Szene inzwischen nach Frankreich, Belgien und die Niederlande aus.

Um elf Prozent sank die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten auf 115. Das Bewusstsein der ständigen Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden habe in der Szene dazu geführt, Straftaten zu vermeiden. Die Zahl rechter Straftaten insgesamt stieg um drei Prozent auf 1769. Erklärt wird dies mit einem Zuwachs bei Propagandadelikten.

Tomas Sager

Ausland

Vergiftetes Klima

Weitgehend unbehelligt von den russischen Behörden verüben neonazistische Skinheads brutale Gewalttaten.

Am 31. März erlag der 27-jährige afghanische Arzt Abdul Karim Vasi in einem Moskauer Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Eine Gruppe von 15 russischen Skinheads hatte den mit einer Russin verheirateten Vater eines eineinhalb Monate alten Babys am 23. März dieses Jahres auf offener Straße überfallen. Wenige Tage zuvor war in der zentral-russischen Industriestadt Woronesch der 24-jährige Medizinstudent Amaro Antonio Limo aus dem westafrikanischen Guinea-Bissau vor seinem Wohnhaus von Skinheads mit mehreren Messerstichen brutal ermordet worden.

Offiziell sind in Russland über 450 rechtsextreme Gruppen mit etwa „nur“ 20 000 Mitgliedern polizeibekannt. Von den Soziologen des analytischen Zentrums Jurij Lewada wird dagegen allein die Anzahl der Skinheads auf 50 000 (2002: 30 000) geschätzt. Organisiert sind die Skins in Verbänden wie „Skinlegion“, „Blood&Honour“, „Vereinigte Brigaden-88“, „Russische Faust“, „Kolowrat“ („Hakenkreuz“) und „Sewer“. Organisierte Glatzen sind in 85 russischen Städten aktiv. Schwerpunkte bilden St. Petersburg mit 3000 und Moskau mit 5000 Skinheads.

Erschreckend ist, so eine im März 2004 vom Fonds für analytische Programme „Ekspertisa“ vorgestellte Studie zum Thema „radikaler Autoritarismus im russischen Massenbewusstsein“, dass 60 bis 75 Prozent der Bevölkerung autoritäre Ideen unterstützen, zum Nationalismus neigen und bereit sind, teilweise oder völlig auf demokratische Freiheiten zu verzichten. Der Vorsitzende des Fonds „Ekspertisa“, Mark Urnow, äußerte in einem Interview mit der Zeitung „Nowyje Iswestija“ die Befürchtung, „dass die Welle des Nationalismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Autoritarismus in der russischen Gesellschaft zunimmt.“

Im Februar warnte der Russische Jüdische Kongress vor rechtsextremen Tendenzen in Russland: „Die Straßen russischer Städte sind für jeden gefährlich geworden, der nicht aussieht wie ein Slawe“, heißt es in einer Erklärung der Organisation.

Aktueller Anlass des Statements des Russischen Jüdischen Kongresses war ein Angriff von Skinheads auf den Tadschiken Jusuf Sultanow, seine 9-jährige Tochter und seinen 11-jährigen Neffen im Februar in St. Petersburg. Die Gewalttäter hatten sich auf die Opfer gestürzt und „Russland für Russen“ und „Macht die Schwarzen fertig“ gebrüllt. Das Mädchen starb, der Mann erlitt schwere Verletzungen. Im Jahr zuvor wurde eine Gruppe deutscher Kinder und Jugendlicher am 20. April in der Petersburger Metrostation „Gorkowskaja“ bei einer Skin-Aktion anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler überfallen. Die Angreifer hatten es auf die dunkelhäutigen Mitglieder der Gruppe abgesehen.

Die russischen Behörden ignorieren bislang das Problem der militanten Fremdenfeindlichkeit und staatliche Ordnungskräfte verschließen Augen und Ohren. „Die Miliz sieht das nicht als Hauptaufgabe, weil sich darüber niemand aufregt“, sagt Peter Frank, Russlandexperte von Amnesty International, in einem Interview mit der „Deutschen Welle – World“.

Das Klima vergiften zusätzlich rassistische Sprüche in Fernsehen und der Politik in Russland. So heizen rechtspopulistische Politiker wie Wladimir Schirinowskij (LDPR-Vorsitzender) die ohnehin in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschende nationalpatriotische Stimmung an.

Der Leiter des Zentrums für Antifaschismus, Ewgenij Proschetschkin, sagte im Sommer 2002: „Straffrei regiert in Moskau eine extremistische, nazistische Propaganda des Pogroms. Dutzende von Zeitungen nehmen daran teil, Zeitschriften, Verlage. Ein Verleger wurde deshalb verurteilt, aber schon wieder begnadigt.“

Einen ersten Schritt zum entschlossenen staatlichen Handeln gegen die braunen Banden weist der anstehende Prozess gegen die Neonazi-Gang „Schulz-88“ in St. Petersburg. „Schulz-88“, die circa 30 bis 40 Mitglieder im Alter von 16 bis 20 Jahren in ihren Reihen hatten, werden bis zu 15 Überfälle auf Nicht-Russen und Anders-Aussehende vorgeworfen. In Petersburg müssen sich nun sieben verhaftete Neonazis von „Schulz-88“ wegen Aufwiegelung zum Rassenhass unter Anwendung von Gewalt vor Gericht verantworten. Urteile gegen Neonazis sind bislang in der russischen Gerichtspraxis ein Novum, da die Anklage stets verharmlosend auf Rowdytum oder Hooliganismus unter Alkoholeinfluss lautete.

Anton Maegerle

Ausland**„Exekution“**

Schweizer Rechtsextremisten wegen Ermordung eines „Kameraden“ verurteilt.

Lebenslänglich für den Haupttäter Marcel M. (25), je 16 Jahre Zuchthaus für seine beiden fast gleichaltrigen Mittäter vom „Orden der arischen Ritter“ verhängte das Kreisgericht Interlaken-Oberhasli als Strafe für die Ermordung ihres „Kameraden“ Marcel von Allmen. (Der vierte Tatbeteiligte wurde von einem Jugendgericht bereits zu einer längeren Haftstrafe verurteilt.) In der Urteilsbegründung bezeichnete der Gerichtspräsident die Tat als „minutiös geplante Exekution“. Wie das Opfer waren die drei Verurteilten Mitglieder des „Ordens der arischen Ritter“, einer lokalen rechtsextremen Vereinigung, die keine Kontakte zur Schweizer Rechtsextremisten-Szene pflegte. Bei den Verhaftungen fand die Polizei jedoch Propagandamaterial von „Blood&Honour“ und Gary Lauck's NSDAP/AO.

Die Tat erregte vor drei Jahren beträchtliches Aufsehen und führte zu einer vorübergehenden Lähmung der Schweizer Rechtsextremisten-Szene: Am 27. Januar 2001 verließ der 19-jährige Auszubildende Marcel von Allmen, der sich seit Monaten in der regionalen Neonazi-Szene bewegte, nach zehn Uhr abends seine Freundin mit der Ankündigung, er werde bald wieder zurück sein. Zweieinhalb Wochen später fanden Polizisten seine Leiche im Thunersee in über fünfzig Meter Tiefe, der Kopf war zerschlagen, der Körper mit Gewichten beschwert. Kurz darauf verhaftete die Berner Kantonspolizei vier junge Männer aus der Region, im Alter zwischen 17 und 22 Jahren. Nur einer war polizeilich aufgefallen: Marcel M. (22) hatte ein Jahr zuvor bei einer Polizeikontrolle auf einen zivilen Beamten geschossen und behauptet, er hätte den Polizisten für einen „Jugo“ gehalten und sich bedroht gefühlt. Er war daraufhin zu 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Die Gerichtsverhandlungen brachten insbesondere an den Tag, dass die wenigen Mitglieder des „Ordens der arischen Ritter“ sich von einer verbreiteten Ausländerfeindlichkeit in der Region um Interlaken getragen fühlten. Auch hatten die vier Täter noch zwei weitere Morde auszuführen versucht. Mehrmals lauerten sie vergeblich einem jungen Mann aus dem Kosovo sowie einem jungen Sympathisanten des Ordens auf.

Hans Stutz

Ausland**„Kriegserklärung“**

Mit Kunst gegen rassistische Pamphlete.

Publicity der unerwünschten Art winkt der World Church of the Creator (WCOTC) im US-amerikanischen Montana. Nach dem kürzlichen Erwerb eines umfangreichen Buchlagerbestandes der rassistischen „white supremacy“-Organisation plant das Montana Human Rights Network (MHRM) eine Kunstaussstellung, in der die hassefüllten Ideen der Gruppe für ein breites Publikum verdeutlicht werden sollen. Die etwa 4100 Publikationen, unter denen sich auch Originalschriften des WCOTC-Gründers Ben Klassen befinden, waren der Bürgerrechtsgruppe mit einigen Kisten interner Dokumente von einem ehemaligen WCOTC-Mitglied zum Kauf angeboten worden. Die Bücher stellten auch die Haupteinnahmequelle der Gruppe dar.

Koordiniert wird das Projekt im Auftrag des MHRM von dem ortsansässigen Künstler Tim Holmes. Dieser hat die Arbeit bereits aufgenommen und Bücher mit so kruden Titeln wie „Building a Whiter and Brighter World“, „The White Man's Bible“ oder „American Jihad“ in der Form von Äxten, Keulen oder Molotow-Cocktails in Skulpturen und Montagen verarbeitet. Zur Zeit wird ein Kurator für die Ausstellung gesucht. Derweil gehen die Pläne schon weiter. Mit anderen Künstlern möchte Holmes eine Wanderausstellung ins Leben rufen, die im Sommer 2005 starten könnte.

Das Projekt macht die Initiatoren jetzt zur Zielscheibe für WCOTC-Mitglieder und Sympathisanten. In E-Mails wurde der Künstler als „jüdischer Stiefellecker“ verunglimpft und aufgefordert, die Bücher zu lesen, anstatt sie zu vernichten. „Wir werden alles tun“, kündigte ein anonymes Schreiben an, „dieser Schande ein Ende zu bereiten und unsere Ehre zu bewahren“. Holmes' Vorhaben, so ist in einem Internetforum zu lesen, sei eine „Kriegserklärung an unsere Religion“. Während die WCOTC in Montana kaum mehr existent ist, gibt es Ableger der rechtsextremen Organisation in anderen US-Bundesstaaten wie Ohio, Georgia, Michigan, Kalifornien oder Nebraska. Die Anhänger betrachten Angehörige von Minderheiten als Menschen zweiter Klasse und glauben, dass die amerikanische Regierung von jüdischen Geheimbünden kontrolliert werde.

Michael Funk

Liebe Leserinnen und Leser des **blick nach rechts**,

wie wir Ihnen ja bereits mitgeteilt haben, wird sich der „blick nach rechts“ verändern. Wegen neuer Informationsgewohnheiten und auch aus Kostengründen haben wir uns dazu entschlossen, den „blick nach rechts“ ab Mitte Mai vollständig im Internet erscheinen zu lassen. Dadurch sind wir auch in der Lage, schneller Informationen zu liefern. Aktuelle Kurznachrichten werden von uns regelmäßig ins Netz gestellt und sind kostenfrei zu lesen.

Der „blick nach rechts“ erscheint nach wie vor alle 14 Tage, nur eben online. Als Abonnent können Sie dann selbst entscheiden, wie Sie den „blick nach rechts“ künftig lesen wollen: jeden einzelnen Artikel am Bildschirm oder ausgedruckt und damit wie bisher auf Papier. Wir lassen aber diejenigen unserer bisherigen Abonnenten, die keinen Internetzugang haben, nicht im Stich. Ihnen bieten wir die Möglichkeit, weiterhin eine gedruckte Ausgabe des „blick nach rechts“ zu erhalten.

Es ist ganz einfach: Auf dem unten stehenden Bestellformular können Sie ankreuzen, wie Sie den „blick nach rechts“ weiter beziehen wollen. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular per Post oder per Fax an den Berliner vorwärts Verlag zurück.



Berliner vorwärts
Verlagsgesellschaft mbH
 – Vertrieb –
 Stresemannstraße 30
 10963 Berlin

blick nach rechts jetzt abonnieren!

Ich beziehe

- ☐ das Online-Jahresabo für 9,80 €
☐ das Jahresabo für 39,00 € in Printform frei Haus*

* Das Angebot gilt nur für bisherige Abonnenten des „blick nach rechts“.

Datum	Unterschrift
-------	--------------

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Vertrieb, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin widerrufen werden.

Zahlungsweise

- ☐ Bankeinzug ☐ Rechnung

Vorname	Nachname	Telefon
Straße	PLZ/Ort	E-Mail
Geldinstitut	Kto.-Nr.	BLZ
Datum	Unterschrift	Kunden-Nr.

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130 • Fax (0 30) 2 55 94 - 199 • E-Mail vertrieb@vorwaerts.de

Dokumentation

Deutscher Bundestag - Rechtsextremismus und Antisemitismus im Jahr 2003

Wie auch in den Vorjahren dokumentiert der „blick nach rechts“ die Fundstellen in den Protokollen des Deutschen Bundestages zu den Themen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die beiden fraktionslosen für die PDS gewählten Abgeordneten Petra Pau und Gesine Löttsch waren dabei die aktivsten Diskutantinnen zum Thema. Der frühere CDU/CSU-Abgeordnete Martin Hohmann hat dem Parlament immerhin eine Grundsatzdebatte über die Bekämpfung des Rechtsextremismus geliefert (s. dazu die Dokumentation des Antrags „Antisemitismus bekämpfen“ in BnR 25-26/04; Sebastian Edathy zur Rede des CDU/CSU-Abgeordneten Norbert Lammert in BnR 1/04). Bemerkenswert, aber wenig beachtet war die von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion (Lengsfeld, Nooke, Blank, Neumann-Bremen, Gauweiler) geführte Geschäftsordnungsdebatte zur Erklärung betreffend den Antisemitismus.

Bearbeiter Klaus-Henning Rosen

Thema	Redner/Antragsteller	Fundstelle - Drucks. Nr./Seite
1) Antisemitismus Antisemitische Straftaten - im 4. Quartal 2002 - im 1. Quartal 2003 - im 2. Quartal 2003 - im 3. Quartal 2003	Petra Pau, fraktionslos, jeweils Mündliche Anfrage	Antwort jeweils PSt R. Körper, BMI Drs.15/286 -PIRr.15/18,S.1390 Drs.15/901-PIPr.15/42,S.3452 Drs.15/1676-PIPr.15/65S.5556 Drs.15/2317-PIPr.15/85S.7472
Antisemitismus in der Bundeswehr	Gesine Löttsch, fraktionslos Befragung der Bundesregierung	Antwort PSt H.G.Wagner, BMVg PIPr.15/71 S.6085-6
Antisemitismus bekämpfen - Plenardebatte (auch- EU-Antisem.Studie, OSZE-Antisem.Konferenz)	Redner: Wolfgang Thierse, SPD; Norbert Lammert, CSU/CDU; V. Beck, B90/Gr.; M. Löning, FDP; S. Edathy, SPD; W. Bötsch, CDU/ CSU; C. Roth, B 90/Gr.; C. Hartmann, FDP; G. Weisskirchen, SPD; R. Grindel, CDU/CSU; M. Beck, B90/Gr.; P. Pau, fr.l.; C.Sonntag-Wolgast, SPD; H. Müller, CDU/CSU	Pl.Pr 15/82 - S. 7165-7189, Anl.
2) Rechtsextremismus Aktionsprogramm der BReg gegen Rechtsextremismus - negative Bewertung - Gutachten der FESr - Berücksichtigung von islamischen Anschlägen bei Projekten „gegen Rechts“ - zweckwidrige Verwendung der Mittel	- Gesine Löttsch, fraktionslos, Mündliche Anfrage - Martin Hohmann, CDU/CSU, Mündliche Anfrage - Ole Schröder, CDU/CSU, Mündliche Anfrage - Reinhard Grindel, CDU/CSU, Mündliche Anfrage - Stephan Mayer, CDU/CSU, Mündliche Anfrage	Drs.15/286;PIPr.15/18,S.1379, Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ Drs.15/413;PIrPr.15/24,S.1827 Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ Drs. 15/413;PIPr.15/24,S.1831 Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ Drs. 15/413;PIPr.15/24,S.1825 Antw. PSt. M. Beck, MFSFJ Drs.15/413;PIPr. 15/24,S.1829 Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ, Zusatzfrage M. Hohmann

Thema	Redner/Antragsteller	Fundstelle - Drucks. Nr./Seite
- Mittelzuwendung für im Kampf gegen Rechtsextrem. tätige Personen	A. Tillmann, CDU/CSU	Drs. 15/33, S. 2627 ff.
Programme im Bundeshaushalt (2. Beratung Haushalt - Epl. 17) - Programme Entimon u. Civitas 2. Beratung HH)	J. Dümpe-Krüger, B90/Gr.; N. Kressl, SPD; R. Schmidt BMFSFJ; - C. Humme, SPD	Pl.Pr. 15/78, S. 6817 ff, 6841
Indizierung rechtsextrem., frd. feindl. und antisem. Medien	Petra Pau, fraktionslos, Mündliche Anfrage	Drs. 15/344; PIPr. 15/21 Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ
Entschädigung f. Gewaltopfer rechts-/linksextrem. Opfer	M. Hohmann, Ex-CDU/CSU, Mündliche Anfrage	Drs. 15/344; Schr. Antw. PSt. A. Hartenbach, BMJ, PIPr. 15/21, S. 1661
Qualitätskontrolle der Projekte des „Aufstands der Anständigen“; Effizienz d. Events für Problematik des Rechtsextremismus	Dorothee Mantel, CDU/CSU, Mündliche Anfrage	Drs. 15/413; PIPr. 15/24, S. 1833 Antw. PSt. M. Beck, BMFSFJ
Einrichtung einer Beobachtungstelle betr. rechts-extremist. und fremdenfeindl. Bestrebungen	Petra Pau, fraktionslos, Mündliche Anfrage	Drs. 15/724; Pl.Pr. 15/36, Antw. PSt. F. Körper, BMI
- Unterschiedl. Zahlenang. über die Opfer von rechts-extrem. Tötungsdelikten seit der dt. Einheit - Prüfung der Zahl d. Tötungsdelikte von rechts – Vereinbarkeit der Antwort des PSt Körper mit der nicht abgeschlossenen Prüfung	Petra Pau, fraktionslos, Mündliche Anfragen	- Drs. 15/274; PIPr. 15/36, - Antw. PSt. F. Körper - Drs. 15/789; Schr. Antw. PSt F. Körper, PIPr. 15/39, S. 3237
Verfassungsschutzrelev. Erkenntnisse über Aktivit. d. Rechtsterr. Kay Diesner	Petra Pau, fraktionslos, Mündliche Anfrage	Drs. 15/1184; Pl.Pr. 15/52, S. 4272 - Antwort PSt. F. Körper, BMI
Verbindungen zw. deutsch. u. schwed. Rechtsextremisten	Gesine Löttsch, fraktionslos, Mündliche Anfrage	Drs. 15/1555; PIPr. 15/62, S. 5265; Antwort PSt. F. Körper, BMI
Anz. d. Ermittlungsverf. u. Verurteilungen w. Rechtsterrorismus seit 2001	Gesine Löttsch, fraktionslos, Mündliche Anfrage	Drs. 15/1555; PIPr. 15/62, S. 5251; Antwort PSt. F. Körper, BMI
	Dr. W. Penner, Wehrbeauftragter, Unterrichtung d. Bundestags; Redner: A. Schäfer, CDU/CSU; M. Tritz, B90/Gr., P. Pau, fraktionslos	PIPr. 15/75, S. 6506ff.

Bücherschau

Stichwortgeber**Hintergründe, Positionen und Erscheinungsformen der Neuen Rechten.**

Die Schlagzeilen-Texter der „Jungen Freiheit“ (JF) gerieten in Hochform, als vor einem Jahr bekannt wurde, dass der NRW-Verfassungsschutz im Oktober mit einer Fachtagung die Neue Rechte in den Blick nehmen würde. Zu erwarten war, dass dabei auch die JF als Flaggschiff der intellektuellen Neuen Rechten Thema sein würde. Entsprechend fiel die Reaktion des Blattes aus. Schon in ihren Überschriften witterte die JF einen „Angriff auf den Rechtsstaat“ und ein „absurdes Spektakel“. Referate – in erweiterter Form – und Diskussionsbeiträge jener Tagung lassen sich nun nachlesen. Im Verlag für Sozialwissenschaften haben Wolfgang Gessenharter und Thomas Pfeiffer den Band „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ herausgebracht.

Eher gering schätzt Kurt Sontheimer in seinem Beitrag über die Kontinuität antidemokratischen Denkens von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik die Gefahr ein. „Meilenweit entfernt“ sei die Neue Rechte von ihrem Ziel, eine kulturelle Hegemonie zu erringen. Entscheidend für ihn ist dabei einerseits die Stabilität des politischen Systems, andererseits das neuere Spektrum selbst, das in den Augen Sontheimers nur aus „mehr oder weniger begabten Kopisten und Interpreten“ besteht, die „der politischen und literarischen Öffentlichkeit völlig unbekannt sind“. Wolfgang Gessenharter hingegen warnt am Beispiel der „Jungen Freiheit“ vor einer Erosion der Abgrenzung, etwa wenn konservative Politiker sich für Interviews zur Verfügung stellen und es dem Blatt damit ermöglichen, „sich aus dem Rechtsaußen-Bereich in die Mitte der Gesellschaft hineinzumogeln“. Der Hamburger Politikwissenschaftler lenkt den Blick auf die zentrale Bedeutung, die das Denken von Carl Schmitt, des „Kronjuristen“ der Nationalsozialisten, für die Neue Rechte hat. Dabei sei der „Schmittismus“, wie das JF-nahe Institut für Staatspolitik jene Positionen titulierte, „die krasse Gegenposition zum Grundgesetz“.

Die Doppelfunktion der Neuen Rechten beleuchtet Thomas Pfeiffer: Einerseits will sie Avantgarde des Rechtsextremismus sein, andererseits Brücke

zur gesellschaftlichen Mitte. Deutlich wird das beispielsweise beim Konzept des „Ethnopluralismus“, der bis hin zu altrechten Gruppierungen den Rassismus nazistischer Prägung teilweise verdrängt hat. Gleichzeitig bietet dieses Konzept aber auch Anknüpfungspunkte zur Mehrheitsgesellschaft: Kompatibel sei es, so der wissenschaftliche Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes, mit fremdenfeindlichen Einstellungsmustern, die über den Kreis des organisierten Rechtsextremismus hinaus verbreitet seien. Pfeiffer plädiert für Wachsamkeit: Gerade subtile Varianten des Rechtsextremismus könnten die Demokratie aushöhlen und letztlich die Substanz einer demokratischen Kultur bedrohen.

Im Anschluss an die Beiträge von Sontheimer, Gessenharter und Pfeiffer, die sich mit allgemeinen Hintergründen, Positionen und Erscheinungsformen der Neuen Rechten beschäftigen, ist der zweite Teil des Bandes so genannten Vertiefungen vorbehalten. Dabei geht es um die Einflüsse der Neuen Rechten auf studentische Verbindungen, um internationale Vergleiche und um die Publizistik jenes Spektrums, das schließlich nicht auf die Bildung großer Organisationen und die Teilnahme an Wahlen setzt, sondern in Medien ihr zentrales Handlungsfeld sieht. Nicht zuletzt muss es bei einer Szene, die, je nach Situation, dem „offenen Angriff“ oder der „politischen Mimikry“ den Vorzug gibt, auch um eine Analyse ihrer Sprache gehen. Armin Pfahl-Traugher untersucht beispielsweise die Umwertung des Begriffs „Demokratie“, die nach neuem Verständnis keinen Gegensatz zur Diktatur darstellt.

Wer die Diskussion über die Tagung des Verfassungsschutzes verfolgt hat, wird einen Beitrag möglicherweise vermissen: den über ihre Vorgeschichte, über die Versuche, Referenten zu diskreditieren und dem Verfassungsschutz das Recht abzusprechen, nicht nur braunen Schlägern, sondern auch ihren intellektuellen Stichwortgebern die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Ein solcher Beitrag hätte exemplarisch zeigen können, wie das neuere Spektrum versucht, Teile der demokratischen Rechten für sein Anliegen zu gewinnen. Dass der Versuch in diesem Fall unter dem Strich erfolglos blieb, sollte freilich kein Grund sein, die Neue Rechte zu unterschätzen.

Tomas Sager

Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 251 Seiten, 19,90 Euro.

Bücherschau

Sadisten in Uniform

Im Sommer 1933 gab es in Nazi-Deutschland noch keine systematische Judenverfolgung oder Vernichtungslager. Doch der Terror gegen Andersdenkende begann mit dem ersten Tag der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Welche Gewaltexzesse bereits in jenem ersten Jahr der NS-Diktatur etabliert wurden, belegen zwei Augenzeugenberichte, die im vergangenen Jahr neu aufgelegt als Doppelband erschienen sind.

Unter dem Titel „Konzentrationslager Oranienburg“ umfasst dieses Buch die 1934 erstmals veröffentlichten Aufzeichnungen des SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger sowie von Max Abraham, einem jüdischen Prediger aus Rathenow. Während Segers Bericht „Oranienburg“ weltweit verbreitet wurde, fanden Abrahams Aufzeichnungen unter dem Titel „Juda verrecke“ nur eine geringe öffentliche Wahrnehmung.

Mit der Zusammenführung der beiden Zeitzeugen-Schilderungen geben die Herausgeber Irene Diekmann und Klaus Wettig einem größeren Publikum die Chance, sich ein Bild von der grassierenden rohen Gewalt und Unmenschlichkeit in den ersten deutschen Konzentrationslagern zu machen. Ende März präsentierten sie gemeinsam mit Professor Julius H. Schoeps, dem Direktor des Moses Mendelssohn Zentrum, im Willy-Brandt-Haus das Buch.

„Die Bücher über Konzentrationslager werden wohl einmal ihren Platz finden neben der Literatur über die Inquisition“, schrieb K. L. Reiner in seiner Einleitung zu Max Abrahams Leidensodyssee durch die Konzentrationslager Oranienburg, Papenburg und Lichtenburg. Ende Juni 1933 wegen einer fingierten Auseinandersetzung mit einem SA-Mann in Rathenow festgenommen, landete der Prediger mit zahlreichen prominenten Mit-„Schutzgefangenen“ im Oranienburger Konzentrationslager.

Gefangene wie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, Friedrich Ebert (junior) oder der Rundfunkpionier und Sozialdemokrat Alfred Braun durchlebten hier ein kaum vorstellbares Martyrium. Prügel, Dunkelhaft, permanente Demütigungen – Seger und Abraham schildern unabhängig voneinander die gleichen Praktiken von Sadisten in Uniform.

Die Berichte lesen sich umso eindringlicher, als Seger wie Abraham sehr exakt die alltäglichen Gewaltexzesse schildern. „Auf dem ersten Hof des Lagers waren wir nun gezwungen mit anzusehen, wie Ebert und Heilmann ihre Kleider ausziehen und Lumpen dafür anlegen mußten. Allen Neuen wurden in lächerlicher Art die Haare geschoren (...). Ebert und Heilmann wurden im Zimmer 16 ganz entsetzlich gefoltert. Als Heilmann dann zu uns in die Judenkompanie kam, konnte er weder stehen noch sitzen. Sein Körper war überall mit blutigen Striemen bedeckt“, schreibt Abraham. Bei Seger heißt es: „Man zwang ihn (Heilmann) nicht nur wochenlang die von hunderten von Gefangenen benutzten Abortanlagen sauber zu halten, sondern holte ihn auch nachts mitten aus dem Schlaf, um ihn (...) auf dem Hof herumzujagen.“

Alle Gefangenen waren im Konzentrationslager Oranienburg unter unzumutbaren Bedingungen untergebracht: im ehemaligen Kühlkeller einer Brauerei, lediglich mit Strohsäcken als Unterlage. Harte körperliche Arbeit bei schmalster Kost, regelmäßige Schikanen und die ständige Gefahr, in einer Dunkelzelle eingesperrt zu werden kennzeichneten das Leben der „Schutzgefangenen“.

Da beide Berichte lange vor der Etablierung des Alltagsterrors in Nazi-Deutschland verfasst wurden, transportieren sie sehr unmittelbar die ungeheure Diskrepanz der „neuen Ordnung“ zum rechtsstaatlichen System der Weimarer Republik. Gerhart Seger schreibt: „Alles, was uns im Oranienburger Lager geschah und was noch geschieht, wird unschuldigen Menschen ... zugefügt! ... Wer im Konzentrationslager ist, der ist dort außerhalb der Strafverfahren, und vielen unter uns Gefangenen, so auch mir, haben die Nationalsozialisten zynisch versichert, gegen uns liege gar nichts vor, wir seien eben nur im Konzentrationslager, weil wir vor der Machtergreifung Hitlers eine dem Nationalsozialismus entgegengesetzte Gesinnung gehabt hätten.“ Im Fall Abrahams, dem ein nie stattgefundener Übergriff auf einen SA-Mann vorgeworfen wurde, kam es zu einem absurden Schauprozess in Rathenow, bei dem er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Beide Männer konnten Ende 1933 beziehungsweise im Frühjahr 1934 in die Tschechoslowakei flüchten, wo sie ihre Berichte über das Konzentrationslager schrieben.

Gudrun Giese Irene Diekmann/Klaus Wettig (Hrsg.), Konzentrationslager Oranienburg, Augenzeugenberichte aus dem Jahre 1933, Gerhart Seger, Max Abraham, Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 2003, 191 S, 14,80 Euro.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Zum „7. Berliner Kolleg“ laden die „Junge Freiheit“ und das ihr nahe stehende Institut für Staatspolitik am 22. Mai in das Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum AVZ in Berlin-Wilmersdorf ein. Anknüpfend an den Fall Hohmann soll es um das Thema „Meinungsfreiheit und Tabu“ gehen. Referenten sind Bernd Rabehl, Fritz Schenk, der Gründer der Initiative „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“, sowie der von Verteidigungsminister Struck geschasste Brigadegeneral Reinhard Günzel. Jener sei nicht bereit, „mit seinen Gedanken zur Lage der Nation hinterm Berg zu halten“, versprechen die Veranstalter. Nach den Referaten ist ein Gespräch des suspendierten Generals mit Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann über den „Fall Günzel“ vorgesehen.

■ **Berlin** – Wie die Initiative „no abuse in Internet“ (nain) berichtet, hat sich im Jahr 2003 die Anzahl der Hinweise auf rechtswidrige Inhalte im World Wide Web gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Der Deliktbereich Rechtsextremismus belegt mit mehr als einem Drittel der Hinweise den zweiten Platz und wird dabei nur noch von Kinderpornografie übertroffen. Schwerpunkt der Internetaktivitäten mit illegalen rechtsextremen Inhalten sind weiterhin die deutschsprachigen Länder. Insgesamt gingen bei der Meldestelle „netwatch“ der in Berlin ansässigen Initiative im vergangenen Jahr etwa 1500 Hinweise ein. Mit dem Programm „Safer Internet plus“ hat sich auch die EU entschlossen, Projekte gegen Internet-Kriminalität ab 2005 stärker zu fördern.

■ **Berlin** – Unter dem Motto „13. Juni – jetzt reicht's: Wahltag ist Zahltag!“ bittet die NPD um Spenden für den Europawahlkampf. Mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt als Spitzenkandidat will die – höchstwahrscheinlich erfolglose – NPD „in Europa deutsche Interessen vertreten“. Nach dem 1. Mai 2004 würden „Arbeitssuchende aus den neuen Beitrittsländern in unser Land strömen ... Globalisierung, Freihandel und Wegfall der Grenzen schaffen Arbeitslosigkeit und vernichten unseren Sozialstaat“, heißt es in einem Schreiben des Parteivorsitzenden Voigt an seine Anhänger.

■ **Bernau** – Ex-FAP-Chef Friedhelm Busse, der zurzeit eine 28-monatige Haftstrafe in der Justiz-

vollzugsanstalt Bernau absitzt, hat Norman Bordin (27) als seinen Nachfolger in der Führungsspitze des „Nationalen Widerstands“ in Bayern ernannt. Er selbst sei jetzt 75 Jahre alt und gesundheitlich schwer angeschlagen, teilte Busse per Rundbrief seinen Kameraden mit. Außerdem könne der „Befreiungskampf“ von ihm aus der Gefängniszelle heraus nicht geführt werden. Busse verlangt von Bordin, „engen Kontakt mit der einzigen Nationalen außerparlamentarischen Opposition, der NPD“, zu halten. Bordin war früher Chef der „Kameradschaft Süd“. Wegen eines Überfalls auf einen Griechen in München war er zu 15 Monaten Haft verurteilt worden, die er ebenfalls in Bernau abgesessen hatte. Auf den Namen Bordins ist auch die Homepage des „Nationalen Widerstandes Süddeutschland“ registriert.

■ **Dortmund** – Eine weitere Demonstration haben Neonazis im Ruhrgebiet angemeldet. Während das Motto eines Aufmarschs am 26. Juni in Bochum „Keine Steuergelder für den Synagogenbau!“ ist (BnR 7/04), wollen Rechtsextremisten bereits eine Woche zuvor unter dem Motto „Nein zu Multikulti“ im Dortmunder Stadtteil Hörde aufziehen. Veranstalter ist die Kameradschaft Dortmund, unterstützt wird sie von der Kameradschaft Hamm und dem Kampfbund Deutscher Sozialisten.

■ **Frankfurt** – Dem Altnazi Otto Riehs, dessen Name meist nur in Verbindung mit dem Hinweis, er sei Ritterkreuzträger, auftaucht, ist diese Auszeichnung nun abhanden gekommen. Wie das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ berichtete, wurde der Orden bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt. Ermittelt wird gegen den 83-Jährigen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Riehs hatte sein mit Hakenkreuz „geschmücktes“ Ritterkreuz im November 2003 bei einem Aufmarsch von Alt- und Neonazis im rheinland-pfälzischen Marienfels getragen und zur Schau gestellt.

■ **Frankfurt** – Der hessische NPD-Funktionär und Ex-Bundesvorständler Winfried Krauß ist bei einem Unfall ums Leben gekommen. In einem auf den Internetseiten der NPD eingestellten Text würdigt der Bundesvize Holger Apfel den Verstorbenen (Jg. 1946) als eine „wirkliche Respektperson“, mit dem die „Partei eine ihrer ganz großen Persönlichkeiten verloren“ habe. Bis zuletzt habe er die NPD „stets mit einer von 'kritischer Loyalität' geprägten Treue“ begleitet. In der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ ist aus-

geworfen, über 40 Straftaten wie gemeinschaftlicher versuchter Mord, versuchte Nötigung, Sachbeschädigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung begangen zu haben. Tauriger Höhepunkt der kriminellen, ausländerfeindlichen und rechtsextremen Aktivitäten in den Jahren 2002 und 2003 war ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Marbach-Rieglingshausen (Kreis Ludwigsburg) im Oktober vergangenen Jahres, bei dem ein Bewohner verletzt wurde. Die Angeklagten Jochen Stephan (23), Sebastian B. (17), Paul S. (18) und Patrick Jokschas (20) wollen sich nach eigener Angabe aus der überdurchschnittlich starken rechtsextremen Szene des Rems-Murr-Kreises lösen beziehungsweise gelöst haben.

■ **Wolgast** – Die Justiz ermittelt wegen Volksverhetzung gegen die Rechtsrockband „Skalinger“ aus dem Raum Wolgast in Ostvorpommern. „Skalinger“ gilt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern als eine der aktivsten Skin-Bands. CDs wie „Der Hass regiert“, „Heim ins Reich“ oder „Tag X“ stehen auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften.

Ausland

■ **Schweiz (Basel)** – Ende der 80er-Jahre saß er als rechtsextremer Parlamentarier für die Nationale Aktion und später für seine „Volks-Aktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten“ (VA) im baselstädtischen Großen Rat, später beantragte er vergeblich „politisches Asyl“ in der Bundesrepublik Deutschland. Nun will der inzwischen 41-jährige Basler Eric Weber wieder mit den traditionellen Fremdenfeinden der Schweizer Demokraten (vormals Nationale Aktion) zusammen in Basel die Kantonswahlen bestreiten. Ende März verkündete der baselstädtische SD-Präsident Markus Borner, dass die VA und die SD im kommenden Oktober mit gemeinsamen Wahllisten antreten würden. Noch vor wenigen Monaten hatte Borner eine Zusammenarbeit mit Weber ausgeschlossen, aber die SD muss gewärtigen an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern, und so hat sie dem Werben Webers nun nachgegeben. Weber, der sich immer wieder als Journalist versuchte, hat auch eine Adresse in Hof (bei Nürnberg) und schreibt in unregelmäßigen Abständen für einschlägige deutsche Medien, wie „Nation&Europa“. Webers Stolz sind Interviews mit bekannten Zeitgenossen, wie Ronald B. Schill oder dem verstorbenen Jürgen Möllemann.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 08/2004 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

■ **USA (Chicago)** – Nach der Vereidigung der Geschworenen haben im Gerichtsverfahren gegen Matt Hale die ersten Anhörungen begonnen. Der Führer der „white supremacy“-Organisation World Church of the Creator (WCOTC) ist der Anstiftung zum Mord an einer US-Bezirksrichterin angeklagt, die in einem Namensstreit 2002 zu Gunsten einer in Oregon ansässigen religiösen Gruppe ohne ideologischer Verbindung zu Hale's rassistisch-antisemitischer Organisation entschieden hatte. Entgegen den richterlichen Empfehlungen erschien der 32-Jährige vor Gericht demonstrativ in seiner orangefarbenen Gefängnisbekleidung. Mit einem Urteil wird im Mai zu rechnen sein.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.